

Leserbrief an Tagesschau (-App) zum Artikel vom 26.12.2024 unter dem Titel:

„Gesetzliche Kassen: Klagen über Diskriminierung von gesetzlich Versicherten“

Online-Leserbrief von JST zu o.g. Artikel am 26.12.2024 (Langfassung):

„Liebe Tagesschau,

Ihr o.g. Artikel lässt mich zweifeln an der Unabhängigkeit und an der Professionalität der öffentlich finanzierten Tagesschau. Wie können Sie derartige Wahlkampfparolen unkommentiert lassen und ohne einordnende Zweitmeinung wiedergeben. Kommentare wären beispielsweise

1. Wartezeiten auf (Fach-) Arzttermine in Deutschland sind im internationalen Vergleich nachweislich am niedrigsten bezogen auf die Gesamtbevölkerung.
2. Und das, obwohl Deutschland das Land mit den meisten Arztbesuchen ist, über 16 Arztbesuche pro Einwohner pro Jahr versus z.B. 6 in Frankreich.
3. Das von der stv. Vorsitzenden des GKV-Spitzenverband benutzte Wort Diskriminierung bedeutet ein Verstoß gegen Artikel 3 des Grundgesetzes (Gleichheit) und unterstellt eine Ungleichbehandlung ohne sachlichen Grund. Dabei wäre zu prüfen, ob es tatsächlich eine Ungleichbehandlung gibt und ob es nicht einen sachlichen Grund für die hier unterstellte, angebliche Ungleichbehandlung gibt.
4. Meine subjektive Erfahrung ist, dass Notfälle und „medizinische Notwendigkeit“ in allen Arztpraxen immer vorgehen und die medizinische Versorgung zu keiner Zeit gefährdet war und ist. Convenience-Unwohlsein wird dann vermutlich etwas warten müssen.
5. Fakt ist aber, dass Kassen und KVen die Ärzte budgetieren und quotieren. Sie zwingen die Ärzte, das Morbiditätsrisiko auf sich zu nehmen, wälzen es auf die Ärzte ab. Das führt dazu, dass Ärzte am Ende des Quartals mangels Budget umsonst behandeln müssen. Wie so oft lenken die Kassen zum einen von der von Ihnen zu verantwortenden Unterfinanzierung und zum anderen von der Überinanspruchnahme durch die Versicherten ab. Der freiberufliche Arzt muss die finanzielle Verantwortung für das Politikversagen tragen.
6. Ohne die Quersubventionierung durch Privatpatienten könnten die defizitären gesetzlich Versicherten in vielen Praxen (und auch Krankenhäusern) nicht mehr versorgt werden.

Vermutlich gibt es noch weitere Argumente, die die allzu einseitigen Aussagen von Stoff-Ahnis bloßstellen und zeigen, dass die Tagesschau solche Pressemeldungen kommentieren muss.

Bitte stellen Sie das klar! Hochachtungsvoll, Dr. rer. pol. Johannes Schmidt-Tophoff

Ausschnitt aus dem Originalartikel in der Tagesschau-App vom 26.12.2024:

<https://www.tagesschau.de/inland/krankenkassen-termine-diskriminierung-100.html>

„Auf einen Facharzttermin müssen gesetzlich Versicherte deutlich länger als Privatpatienten warten. Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen fordert nun ein Ende der Diskriminierung - und hat eine konkrete Idee.

Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen moniert bei der Vergabe von Arztterminen eine Bevorzugung von Privatversicherten gegenüber gesetzlich Versicherten. "Wer echte Gleichbehandlung will, sollte dafür sorgen, dass bei der Terminvergabe nicht mehr danach

gefragt werden darf, ob jemand gesetzlich oder privat versichert ist", sagte die stellvertretende GKV-Chefin Stefanie Stoff-Ahnis dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Stoff-Ahnis sagte, 90 Prozent der Menschen in Deutschland seien gesetzlich versichert. "Da ist es mehr als gerechtfertigt, dass es künftig bei der Terminvergabe zu 100 Prozent um die medizinische Notwendigkeit geht und nicht darum, ob jemand GKV- oder PKV-versichert ist." "Wenn sie auf ein Buchungsportal gehen und als gesetzlich Versicherte einen Facharzttermin suchen, bekommen sie einen in sechs Wochen oder noch später angeboten. Klicken sie dagegen "Privatpatient" an, klappt es schon am nächsten Tag." Weiter betonte sie: "Die Diskriminierung der gesetzlich Versicherten gegenüber Privatpatienten bei der Terminvergabe werden wir nicht länger hinnehmen." Sie forderte zudem bei der Terminvergabe eine gesetzliche Verpflichtung für alle Arztpraxen, freie Termine tagesaktuell einem Onlineportal zur Verfügung zu stellen, auf das die gesetzlichen Kassen und die Kassenärztlichen Vereinigungen zugreifen können.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach meldet sich ebenfalls zu Wort: "Längere Wartezeiten für Kassenpatienten in Praxen und Krankenhäusern sind nicht weiter tragbar. Diese Diskriminierung muss schnellstmöglich enden", sagte der SPD-Politiker dem "Tagesspiegel". Jeder gesetzlich Versicherte müsse genauso schnell behandelt werden wie ein Privatversicherter. Der Minister warf Union und FDP eine Blockadehaltung vor, die eine Gleichbehandlung verhindere und zu einer Zweiklassenmedizin geführt habe, die beendet werden müsse." (Tagesschau)